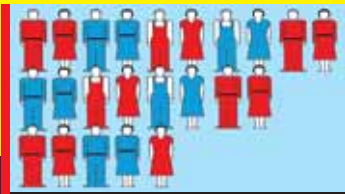


Sozialismus

www.Sozialismus.de

G. Bosch/T. Kalina: Mittelschichten unter Druck



Joachim Bischoff: Kentert die Globalökonomie?



Hans-Jürgen Urban: Für Digitalisierungsrealismus

Stephan Siemens: Industrie 4.0 – Widersprüche

Forum
Gewerkschaften

Frank Deppe: Neue Weltunordnung



Labour Party: Turnaround?

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

SPD im Wahlkampfmodus



Bei den Landtagswahlen am 13. März droht der SPD ein weiteres Debakel. Seit der Einzug der in die drei Landtage absehbar ist, gilt die Abwahl von Rot-Grün in Rheinland-Pfalz als kaum abwendbar. In Baden-Württemberg wäre es schon ein großer Erfolg, wenn die SPD Juniorpartner der Grünen bleiben könnte ...

Linkswende, aber wie?



Der frühere Linksfraktionschef Gregor Gysi fordert zu Recht, dass die Linkspartei »zusammen mit SPD und Grünen für ein linkes Projekt gegen die jetzige Entwicklung Europas und Deutschlands« streiten muss. Wir sollten dieser strittigen Diskussion nicht ausweichen. Es geht allerdings nicht vorrangig um eine Frage der Regierungsbeteiligung. ...

Weitere Kraftproben in Athen



Die griechische Bevölkerung blickt pessimistisch ins neue Jahr. Zwei Drittel der GriechInnen glauben, dass 2016 für das Land noch schlechter wird als 2015, jenem Jahr, in dem die Banken längere Zeit geschlossen waren und die Ökonomie wegen der Kapitalkontrollen weiteren Beschränkungen unterworfen war. ...

Europas Linke in Bewegung

Hinrich Kuhls: Eine steife Brise umweht das Steuerdeck Die Umbildung der Labour-Fraktionsspitze	2
Andreas Fisahn/Thomas Eberhardt-Köster: Ein Mosaik von Plänen Europäische Union und die gesellschaftliche Linke	7
Heinz Bierbaum: Bewegung auf der iberischen Halbinsel Zur politischen Situation in Portugal und Spanien	10

Wer ist die gesellschaftliche Mitte?

Gerhard Bosch/Thorsten Kalina: Mittelschichten in Deutschland – unter Druck	13
Dierk Hirschel/Ralf Krämer: Ab durch die Mitte? Normalbeschäftigte, Prekäre und die Rolle der Gewerkschaften	20
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Kampffeld: untere Mitte	24
Axel Troost: Behindert der Solidarische Länderfinanzausgleich die Steuererhebung?	33

Von Börsen, Rohstoffpreisen und Flüchtlingen

Joachim Bischoff: Entgleist die Globalökonomie?	38
Michael Wendl: Die Flüchtlingsmigration – ein konjunkturpolitischer Glücksfall	42
Karl Georg Zinn: Sollen und Können Verantwortungsethik statt Problemverdrängung	46

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Digitale Visionen als Leitbilder? Plädoyer für einen Digitalisierungsrealismus in der Arbeitspolitik	47
Stephan Siemens/Martina Frenzel: Widersprüche im Konzept Industrie 4.0	56
Otto König/Richard Detje: Auf der Erfolgsspur? Ein Ausblick auf die Tarifrunde 2016	59

Eine aus den Fugen geratende Welt

Frank Deppe: Vom American Empire zu einer multipolaren Weltordnung	62
---	----

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	9
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: The Big Short (Filmkritik)	69

Für ein Mosaik von Plänen

Europäische Union und die gesellschaftliche Linke

von | Andreas Fisahn und Thomas Eberhardt-Köster

1. Die gesellschaftliche Linke verfolgt mit Blick auf ihre Position zur EU unterschiedliche Optionen. Es finden sich drei Positionen:

- Die als eher sozialdemokratisch zu beschreibende Position meint, unter den gegebenen rechtlichen Verhältnissen mit anderen Mehrheiten eine andere, soziale Politik machen zu können.
- Die beiden anderen Positionen gehen davon aus, dass die rechtlichen und institutionellen Strukturen der EU auf ein neoliberales Programm zugeschnitten sind und innerhalb dieser Struktur keine grundsätzlich andere Politik möglich ist. Diese Analyse wird hier nicht weiter begründet,¹ sondern als zutreffend vorausgesetzt. Deshalb fordert die zweite Position eine Neubegründung der EU durch eine Revision der Verträge, wodurch eine demokratische, soziale

und ökologische Politik in der Union wenigstens möglich, wenn nicht festgeschrieben wird.

- Das hält die dritte Position unter den gegebenen Kräfteverhältnissen für unrealistisch und folgert, dass dort, wo entsprechende Mehrheiten existieren, ein Exit (zunächst) aus dem Euro, der als zentrales Problem analysiert wird, anzustreben ist: Im Übrigen wird eine Flexibilisierung und Differenzierung der Politik und des Rechts vertreten, also differenzierte Regeln in unterschiedlichen Kontexten. Das beinhaltet Spielraum sowohl für eine verstärkte Zusammenarbeit eines Kerneuropas, wie immer es regional und politisch zusammengesetzt ist, als auch eine Politik des zivilen Ungehorsams gegenüber europäischen Zumutungen.
2. In den vorgetragenen Positionsbestimmungen wird analytisch zumindest

vernachlässigt, dass die EU sich seit längerem in einer existenziellen Krise befindet und ein Prozess eingesetzt hat, der eher einer Diffusion als einer Differenzierung gleicht, d.h. es gibt Absetzbewegungen von der Union. Sie haben vorwiegend national-chauvinistische Hintergründe und reichen von der Aufkündigung der Dublin-Verordnung und von Schengen über die Verweigerung

Andreas Fisahn ist Professor für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht sowie Rechtstheorie an der Universität Bielefeld und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac-Deutschland; *Thomas Eberhardt-Köster* hat Kaufmann gelernt, Betriebswirtschaft sowie Politikwissenschaft studiert, arbeitet in einer Kommunalverwaltung und ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac-Deutschland.

¹ Vgl. A. Fisahn, Strategien für Europa, Für einen grundlegenden Richtungswechsel, in: Paul Schäfer (Hrsg.), In einer aus den Fugen geratenden Welt, Linke Außenpolitik: Eröffnung einer überfälligen Debatte, Hamburg 2014, S. 145-161 m.w.N.



» Münchner Sicherheitskonferenz Gegendemo 2015« von Metropolitico.org, ©

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe
1/16 u.a.:



Werner Volz: »Regulierung von
Leiharbeit und Werkverträgen?« –
Über den Gesetzesentwurf aus
dem Hause Nahles

Sara Katsani: »Charité ist überall«
– über ver.di-Beschlüsse zur
Krankenhauspolitik

Anton Kobel: »Prognosen und
Versprechen auf Rechnung« –
Bedrohungen für deutsche Sozial-
systeme durch TTIP, CETA u. TISA

Sören Niemann-Findeisen: »Auto-
produktion in Dixieland« – trans-
nationale Organisation a.B. USA

Eli Friedman: »Stillgestanden, keine
Bewegung« – Gespräch über die
Hintergründe der aktuellen Repres-
sionswelle in China

Probelesen?! kostenloses
Exemplar anfordern

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

der Quote bis zur Verletzung von elementaren Regeln von Demokratie und Rechtsstaat in Ungarn, Polen oder zeitweise in Portugal. Daneben erstarken konservative oder national-chauvinistische Kräfte, die im Interesse der nationalen Souveränität die Kompetenzen der EU infrage stellen. Speerspitze ist dabei sicher Großbritannien, wenn man auf die Regierung abstellt. Auf der Linken gibt es bisher nur Griechenland, das zumindest eine Strategie der Verzögerung der von der EU verordneten Austeritätspolitik verfolgt. Die neue portugiesische Regierung hat bisher nur erklärt, aus der Austeritätspolitik auszusteigen.

Dieser Prozess der Diffusion hat reale Grundlagen in den ungelösten Krisenprozessen der EU. Das Problem der Ungleichgewichte zwischen den national konstituierten Volkswirtschaften innerhalb einer einheitlichen europäischen Währung wird im hegemonialen Diskurs weder thematisiert geschweige denn gelöst. Die reale Antikrisenpolitik der EZB durch eine Politik des »lockeren Geldes« führt im Kontext unzureichender Finanzmarktregulierungen absehbar zu einem Crash auf den Finanzmärkten und/oder der Gesamtwirtschaft. Die Konzepte für einen Umgang mit dem neuen Phänomen massenhafter Migration sind eher aktionistisch als erfolversprechend und verschärfen die Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten innerhalb der EU. Gleichzeitig zeigen sich erste Anzeichen einer globalen konjunkturellen Schwäche aufgrund des verringerten Wachstums in den BRICS-Staaten.

3. Die absehbar herrschende Strategie der dominanten Kräfte innerhalb der EU setzt weiter ausschließlich auf Kontrolle der Neu- und Gesamtverschuldung, was in dieser Logik mit Austeritätspolitik verbunden ist. Kontrolle meint dabei nicht mehr die nationale Kontrolle bei souveräner Entscheidung über den eigenen Haushalt, sondern erkennbar ist eine Tendenz zur Zentralisierung und Kontrolle bei der EU, die damit gleichzeitig vom Parlament auf die Administration verschoben wird – also Zentralisierung verbunden mit Entdemokratisierung. Der Fiskalpakt ist dafür ein gutes Beispiel. Ein weiteres ist der Fünf-Präsidenten-Bericht.² Er

schlägt einen europäischen Finanzausschuss vor, der die nationalen Wettbewerbsausschüsse – Einrichtungen, die u.a. die Politik und Tarifpartner in Fragen der Schulden und Lohnentwicklung »beraten« sollen – koordiniert und die Haushaltspolitiken der Mitgliedstaaten »koordiniert«. Diese Form der Zentralisierung löst absehbar die Krisenprozesse des gegenwärtigen Modells der Akkumulation nicht. Die Akkumulation stockt und Renditen werden über Umverteilung realisiert. Wie lange dies noch ein Projekt der Mitte sein kann, ist zumindest offen. Gegenwärtig zeichnet sich kein Projekt des Zentrums ab, das in Zukunft hegemoniefähig wäre. Das könnte dazu führen, dass die autoritären Tendenzen im Zentrum verstärkt werden, also die Austeritätspolitik mit stärkeren und flächendeckenden Eingriffen in Bürger- und Grundrechte verbunden wird. Der Maßnahmenstaat könnte zum Ausnahmezustand werden.

4. Von »unten« wird die Leerstelle des hegemonialen Projekts unterschiedlich gefüllt – im Süden gibt es Anzeichen für eine Wendung nach links, der Osten befindet sich auf dem Weg in konservativ »gelenkte Demokratien« und im Zentrum und Norden erstarken national-chauvinistische Tendenzen. Speziell in der Bundesrepublik ist die Rückkehr zum Nationalstaat, die nationale Souveränität, von rechts besetzt, also national-chauvinistisch gewendet, d.h. sie mischt sich mit rassistischen Untertönen. Umgekehrt gibt es auch von links ein diffuses Unbehagen an der gegenwärtigen Form des Wirtschaftens und der Dominanz neoliberaler Konzepte, was nicht zuletzt durch die starke Mobilisierung gegen TTIP sichtbar wird. Dieses Unbehagen wird teilweise kombiniert mit einer Anerkennung der EU als legitim in Form einer Basislegitimation – andere sehen, dass in der EU neoliberale Ideologie konstitutionalisiert und gefördert wurde.

5. Perspektiven und »Was tun?«:
■ Eine demokratische, soziale und ökologische Politik mit oder ohne Revision der Verträge unter Zustimmung aller EU-Mitgliedsstaaten ist gegenwärtig wegen der beschriebenen Kräfteverhältnisse keine realistische Option.

- Die Wiederherstellung des Status quo ante, also die Rückkehr zur nationalen Souveränität, als »Instandsetzung des Nationalstaates« ist ebenso wenig realistisch, weil ein anderes Niveau der globalen Verflechtung existiert als in den 1970er Jahren, für die aber schon ein Kontrollverlust des Nationalstaates konstatiert wurde. Man fände sich außerdem mit zumindest unangenehmen Bündnispartnern in einem Boot. Zudem waren in der Vergangenheit ähnliche Zerfallsprozesse in aller Regel mit kriegesischen Auseinandersetzungen verbunden.
- Gesucht wird also nach einer anderen Form der internationalen und/oder europäischen Kooperation, die Bedingungen für eine solidarische und ökologische Politik verbessert. Der verstärkten Integration durch Zentralisierung, wie sie gegenwärtig im Rahmen der EU betrieben wird, ist ein Projekt der demokratischen Integration, d.h. verstärkten Zusammenarbeit fortschrittlicher Regierungen in Europa und mit anderen Staaten auch außerhalb Europas entgegenzusetzen.
- Eine solche neue Form demokratischer Integration müsste sich allerdings von einigen Regeln der EU verabschieden – beispielsweise: von der Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken (Art. 130 AEUV), der gemeinsamen Handelspolitik (Art. 206ff. AEUV), die auf Freihandel eingeschworen ist, oder der Marktöffnung für öffentliche Dienstleistungen durch Ausschreibungspflichten und Wettbewerbsgebote. D.h. fortschrittliche Allianzen können – ohne die EU zu verlassen – der neoliberalen Politik und entsprechenden Rechtsvorschriften den Gehorsam verweigern. An erster Stelle sind die neben den Lissaboner Verträgen geschlossenen, neueren Austeritätspakte zu nennen.³ Notwendig wäre eine Art zivilen Ungehorsams der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der EU, ein Unterlaufen der Austeritätspolitik durch die Länder, die insbesondere von ihr betroffen sind.
- Für die BRD ist eine solche Strategie aber unter den gegebenen Kräftever-

hältnissen und wegen ihrer dominanten ökonomischen und politischen Rolle innerhalb der EU keine realistische Option. Hier geht es um:

- Die Abwehr der zentralistischen Entdemokratisierung einschließlich der Beseitigung des Austeritätsdiktats nach außen und innen.
- Verteidigung demokratischer Freiheitsrechte und politischer Liberalität. Dazu sind neue Bündnis constellationen und ein Aufbrechen der neoliberalen Bündnis constellation erforderlich, also die Ermutigung zum »Nein«-Sagen insbesondere in der Sozialdemokratie. Das heißt: Nein zu weiteren Schritten zentralistischer, antidemokratischer und neoliberaler Integration auf unterschiedlichen Ebenen, solange die EU in erster Linie als neoliberales Projekt fungiert. Das heißt auch Rücknahme der Integration beispielweise in der Handelspolitik und im Bereich öffentlicher Dienstleistungen.
- Gleichzeitig ist das Unbehagen an dieser Art des Wirtschaftens von unten aufzugreifen, d.h. die Kritik an Austerität und EU-Fehlkonstruktionen u.a. zu formulieren und zu verschärfen. Wichtig ist dabei aber, nicht entlang falscher Widersprüche zu argumentieren. Nicht national versus EU, nicht Integration versus Desintegration, sondern demokratische Integration versus zentralistischer Integration und soziale Integration versus Austerität. In einer Mosaiklinien können dabei unterschiedliche Schwerpunkte und Aktionsformen gewählt werden.
- Die Kritik sollte zu einem hegemoniefähigen Projekt einer solidarischen Gesellschaft erweitert werden. Versatzstücke politischer Programmatik gibt es, die aber widersprüchlich oder inkonsistent sind und nicht als realistische Alternative wahrgenommen werden.

² Vgl. dazu den Beitrag von Wolfgang Lemb, »Business as usual? Der Fünf-Präsidenten-Bericht und die Pläne zur Einrichtung nationaler Wettbewerbsräte«, in: Sozialismus 1/2016, S. 52-56.

³ Polen und Ungarn betreiben eine solche Politik, ohne dass Sanktionen im Sinne des Art. 7 Abs. 3 EUV absehbar wären.

Impressum

Die Zeitschrift ist ein Forum für die politische Debatte der Linken. Manuskripte und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Sozialismus wird herausgegeben von Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Klaus Bullan, Frank Deppe, Otto König, Sybille Stamm, Michael Wendl und SOST e.V.

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27, 20042 Hamburg
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-40
Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de
www.sozialismus.de

Redaktionssekretariat:
Bernhard Müller
Redaktion: Richard Detje, Marion Fisch, Christoph Lieber, Bernhard Müller, Björn Radke, Bernhard Sander, Klaus Schneider, Gerd Siebecke

Bezugsbedingungen:
Sozialismus erscheint 11 x jährlich (10 Hefte und 1 Doppelheft)
Einzelheft € 7,- | Abonnement € 70,- | Auslandsabo € 90,- inkl. Porto | Ermäßigtes Abo € 50,- | Förderabonnement € 150,- | 350,- Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Abo-Jahrgangs.

Konto für Spenden und Abonnements:
Richard Detje | Hamburger Sparkasse
IBAN: DE28 2005 0550 1268 1209 77
BIC: HASPDEHH

Druck und Buchbinderarbeiten:
nettprint Hamburg
ISSN 0721-1171

© 2016 Sozialistische Studiengruppe e.V.



Die Umschlagabbildung basiert auf einer Darstellung, die die britische linke Zweimonatszeitschrift *Red Pepper* für ihre August/September-Ausgabe 2015 verwandt hat. Deren Mitherausgeberin Hilary Wainwright führte gemeinsam mit Leo Panitch ein Interview mit Jeremy Corbyn, das im Dezember 2015 auf www.redpepper.org.uk/jeremy-corbyn-interview und www.jacobinmag.com veröffentlicht wurde und auf deutsch im Jahrbuch 2016 von transform! erscheinen wird.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigegeführten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

